

Protokoll der wiederholten konstituierenden Sitzung des 5. studentischen Rates der Leibniz Universität Hannover vom 22.04.2009

Beginn: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

TOP1	Feststellung der Anzahl der StuRa-Mitglieder
TOP2	Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
TOP3	Wahl des Präsidiums
TOP4	Politische Entlastung des AStA
TOP5	Festlegung der Art und Anzahl der AStA-Referate
TOP6	Wahl der ReferentInnen und der/des KassenwartIn des AStA
TOP7	Wahl des Ältestenrates
TOP8	Wahl des Haushaltsausschusses
TOP9	Wahl der zwei FinanzrevisorInnen
TOP10	Wahl eines Mitglieds für den Darlehensausschuss

TOP1 Feststellung der Anzahl der StuRa-Mitglieder

Anwesenheitsliste siehe *Anhang I*
→ **5. StuRa ist beschlussfähig.**

TOP2 Beschlussfassung über Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

TOP3 Wahl des Präsidiums

Vorschläge für:

Präsident: Christopher V.
Stellv. Präsident: Lars K.
Schriftführer: Andrej G.

Es folgt eine kurze Vorstellung der Kandidaten. Diese ist 19.20 beendet und die Kandidatenliste wird geschlossen.

Es wird der Antrag auf Blockwahl gestellt. Die Mehrheit ist jedoch dagegen.

[Delegationspause bis 19.30]

Christopher Voges schlägt vor - auf Grund mangelnder Erfahrung – nur das Amt des Stellv. Präsidenten zu übernehmen. Der Antrag wird angenommen.

Alsdann findet die Wahl mit folgendem Ergebnis statt:

[Wahlergebnisse werden zukünftig wie folgt dargestellt: Dafür / Enthaltung / Dagegen]

Lars K. als Präsident: 57 / 1 / -
Christopher V. als Stellv. Präsident: 45 / 9 / 4
Andrej G. als Schriftführer 57 / 1 / -

→ **Die Kandidaten sind somit gewählt und nehmen die Wahl an.**

[Übergabe des Protokolls]

Bestimmung einer veränderten Tagesordnung ab TOP 3:

TOP4	Keinen Meter den Nazis
TOP5	Mitteilung des Asta
TOP6	Politische Entlastung des Asta
TOP7	Festlegung der Art und Anzahl der Asta-Referate
TOP8	Wahl der AStA-Referenten u. Kassenwart
TOP9	Wahl des Ältestenrates
TOP10	Wahl des Haushaltsausschusses
TOP11	Antrag der Juso-Hochschulgruppe
TOP12	Wahl der 2 Finanzrevisoren
TOP13	Wahl eines Mitglieds für den Darlehensausschuss
TOP14	Satzungsnovelle StuRa

TOP4 Keinen Meter den Nazis

Antrag siehe *Anhang2*

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP5 Mitteilungen des Asta

NR1: Ablehnung der Unterstützung des Festes der Demokratie am 1.05.09
(siehe *Anhang3*)

NR2: Hausverbot für eine Person - auf Grund von Sexismus - zum 01.04.09 für die Räumlichkeiten des AStA und Veranstaltungen des AStA (Person namentlich nicht genannt).

NR3: 3 Geschäftszimmer-Mitarbeiterinnen sind zurückgetreten, d.h. es kann vorkommen, dass das Büro – trotz Sprechzeiten - nicht besetzt ist.

NR4: 01.05 Demo findet eine Demonstration gegen Rechts stat. Zu diesem Thema findet bereits am 30.04. ein Konzert statt. Der AStA rät hierzu die Aushänge zu beachten.

NR5: Auch die Fachschaften haben am 01.05. einiges geplant (näheres wird nicht erläutert). Am 23.05. findet der Fachschaften Tag statt (Konferenz der Fachschaften).

TOP6 Politische Entlastung des Asta

Vertagung der Entlastung von Sören C. Busra D. auf folgende Sitzung, da noch Berichte ausstehen.

Zur Entlastung nicht Anwesende: Steve K.; Jan D. und Rina P.

Entlastung der Anwesenden (Jana P.; Tino E.; Jens R.) + Vorstellung ihrer Themen (siehe *Anhang4*: Rechenschaftsbericht)

Antrag auf Entlastung:

[Delegationspause von 20.47 – 21.00]

Antrag von Verschiebung der Entlastung der nicht Anwesenden auf nächste Sitzung:

Ergebnis: 31 / 14 / 10

→ **Vertagung der Entlastung der nicht Anwesenden auf die nächste Sitzung.**

Abstimmung über Entlastung der Anwesenden:

Jana : 55 / 0 / 0;

Tino : 55 / 0 / 0;

Jens : 38 / 16 / 1

→ **Jana, Jens und Tino sind entlastet.**

TOP7 Festlegung der Art und Anzahl der Asta-Referate

Der TOP wird verschoben.

TOP8 Wahl der AStA-Referenten u. Kassenwart

Der TOP wird verschoben.

TOP9 Wahl des Ältesten Rates

GO- Antrag auf Delegationspause

[Delegationspause von 21.13-21.25]

Kandidaten: Jessica C., Katharina L., Alexander B., Joachim G., Julian H., Torsten T.,

Die Kandidaten stellen sich vor und beantworten Fragen zu Ihrer Person.

Es erfolgt die Abstimmung.

[Jedes Mitglied des 5. StuRa hat die Möglichkeit der Abgabe von fünf Stimmen (für 5 Ältestenräte, die insgesamt gewählt werden können). Es kann somit keine Nein-Stimmen geben.]

[Auszählungspause]

Ergebnis:

Abgegebene Stimmen: 53

Joachim G. : 53 → **gewählt**

Jessica C. : 51 → **gewählt**

Julian H. : 48 → **gewählt**

Alexander B. : 41 → **gewählt**

Katharina L. : 32 → **gewählt**

Torsten T. : 20 → **nicht gewählt**

Die Gewählten KandidatInnen nehmen die Wahl an.

TOP10 Wahl des Haushaltsausschusses:

Kandidaten:

GO-Antrag zur Vertagung des Themas

Ergebnis: 33 / 10 / 11

→ **Der TOP10 ist somit vertagt.**

TOP11 Antrag der Juso-Hochschulgruppe

Antrag siehe *Anhang5*

GO- Antrag auf Vertagung

Grund: Es wird mehr Entschlusszeit für überlegteres Handeln benötigt.

Antrag wird angenommen.

TOP12 Wahl der 2 Finanzrevisoren

GO-Antrag auf Vertagung

Grund: Alte Revisoren haben ihre Arbeit noch nicht beendet.

Antrag wird angenommen.

TOP13 Wahl eines Mitglieds für den Darlehensausschuss

Kandidaten: Lena G.

Es folgt die Wahl:

Ergebnis: 46 / 2 / 0

→ **Die Kandidatin nimmt das Amt an und ist somit gewählt.**

TOP14 Diskussion: Satzungsnovelle StuRa

Exemplar *siehe Anhang*

Die einzelnen Änderungen werden vorgestellt. Weitere Vorschläge werden diskutiert.

GO-Antrag auf Ende der Debatte (23.50)

Ergebnis: 11 / 2 / 7

→ **Die Debatte endet.**

Die erste Lesung und ausführliche Diskussion erfolgt bei der folgenden Sitzung.

Termin für folgenden Sitzungen: 13.05; 27.05, 24.06 jeweils um 19:00 Uhr

Lars K.
Präsident

Christopher V.
Stellv. Präsident

Andrej G.
Schriftführer

Anhang1:

Anwesenheitsprotokoll:

<u>Direktmandate:</u>			<u>Delegierte:</u>		
1	A	Patrick	34	W	Thomas
2	K	Cornelia	35	B	Alexander
3	D	Jennifer (V)	36	B	Christian
4	P	Jana	37	L	Jana
5	H	Philipp	38	V	Christopher
6	B	Patrick	39	F	Tiffany
7	G	Lena	40	T	Torsten
8	M	Maren	41	T	Frank
9	F	Michael	42	K	Henrik
10	M	Lena	43	S	Sarah
11	C	Menekse	44	L	Verena
12	H	Hoja (V)	45	G	Klaas
13	A	Jonas	46	R	Peter
14	H	Julian	47	N	Denny
15	M	Christopher	48	M	Jana
16	M	Zahra	49	W	Lars
17	Li	Sebastian	50	B	Reikya
18	S	Konrad	51	K	Lars
19	H	Maria	52	M	Elmar
20	N	Fabian	53	E	Tino
21	H	Kim	54	K	Sebastian
22	V	Mustafa	55	L	Mark
23	S	Marcello	56	G	Andrej
24	E	Peter	57	K	Hertler
25	D	Guido	58	G	Joachim
26	L	Christine			
27	B	Ole			
28	K	Alexander (V)			
29	L	Katharina			
30	W	Thorsten			
31	H	Lea			
32	C	Isabell			
33	H	Leif			

20³⁰ Jana L. verlässt die Sitzung.

20⁴⁸ Michael F. verlässt die Sitzung.

20⁵¹ Tiffany F. verlässt die Sitzung.

21¹⁴ Thomas W. verlässt die Sitzung.

22¹¹ Alexander K. verlässt die Sitzung [Vertretung für Elmar M.]

22¹⁴ Cornelia K., Zahra M. und Fabian N. verlassen die Sitzung.

22⁴³ Christine L., Guido D., Klaas G., Reikya B., Ole B., Michael T. verlassen die Sitzung.

22⁴⁵ Philipp H., Torsten T., Jennifer D. verlassen die Sitzung.

22⁵³ Isabell C. verlässt die Sitzung.

23⁰⁰ Anwesende verlassen die Versammlung in kurzen Abständen und werden hier nicht mehr aufgezählt.

Anhang 2:

Keinen Meter - Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!

Interfraktioneller Antrag an den Studentischen Rat

Der Studentische Rat möge beschließen:

1. Die Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover unterstützt den Aufruf des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai 2009 in Hannover:

„Am 1.Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der "Freien Kameradschaften" mit der NPD aufmarschieren. Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten. Sie reden von "Überfremdung" und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende. Sie werben mit dem Schlagwort eines "Nationalen Sozialismus" und meinen dabei eine faschistische Diktatur. Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechts-extremistischer Straftaten sind die "Freien Kameradschaften" maßgeblich verantwortlich. Über 1.000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1.Mai für Hannover angekündigt. Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin!

Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft. Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir zeigen Zivilcourage, wir be-kämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu pro-testieren und zu demonstrieren.“

2. Der Studentische Rat ruft alle Angehörigen der Universität auf am 1. Mai 2009 an den Aktionen gegen die Nazis teilzunehmen.

3. Die Fachräte und Fachschaftsräte werden aufgefordert die Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch zu unterstützen und selber Aktivitäten zu entfalten.

4. Der AStA unterstützt weiterhin alle studentischen Initiativen gegen den Naziaufmarsch ideell und materiell.

5. Dieser Beschluss wird gem. § 10 der Geschäftsordnung des Studentischen Rates auf der Website des AStAs veröffentlicht.

Begründung

Für den 1. Mai 2009 haben Neonazis einen Aufmarsch in Hannover angemeldet. Mit bis zu 1.000 Teilnehmern wollen sie sich am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) treffen und dann nach Linden ziehen.

Über ihren Aufruf haben sie geschrieben "Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdictatur - Nationaler Sozialismus jetzt!" So wettern sie gegen "Ausländer", die den Deutschen die Arbeit wegnehmen würden und gegen die Globalisierung, weil sie nicht "national" ist. Damit versuchen sie - gerade in der Zeit der Finanzkrise - sich als Retter der "kleinen Leute" hinzustellen.

Sie nennen sich "Nationale Sozialisten aus Norddeutschland". Mit Sozialismus hat dies jedoch nichts zu tun – vielmehr zeigt es ihre Nähe zum Nationalsozialismus. Denn Grundwerte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nie gleichzeitig national sein.

Schon in der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Ziele der ArbeiterInnenbewegung von den Faschisten missbraucht. Neben "dem Soldaten" und "dem Bauern" sollte auch "der Arbeiter" eine tragende Rolle für das Ideal der "deutschen Volksgemeinschaft" spielen. Im Jahr 1933 machten die Nationalsozialisten den 1. Mai zum arbeitsfreien Tag (als "Tag der nationalen Arbeit"). Am nächsten Morgen zerschlugen sie in einer geplanten Aktion die freien Gewerkschaften. Um den Einfluss ihrer nationalistischen und antisemitischen Ideologien in der ArbeiterInnenschaft zu festigen und zu steigern, war es den Faschisten wichtig, ihre KritikerInnen zum Schweigen zu bringen. Daher gehörten die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Einlieferung von deutschlandweit zehntausenden KommunistInnen und SozialistInnen in die dazu errichteten frühen Konzentrationslager zu den ersten Maßnahmen, die die Nazis bereits einige Wochen nach der Machtübertragung in Angriff nahmen.

Auch heute beziehen sich die Neonazis gerne auf die (deutschen) Arbeiter, auf den Wert der (deutschen) Arbeit und bringen sie in Zusammenhang ihrer "Blut- und Rassenlehre". Sie versuchen, sich als Vertretung der Benachteiligten in diesem Land auszugeben. Aber ihr Ziel ist eine "Volksgemeinschaft", aus der Migrantinnen und Migranten ausgeschlossen sind. Ihre Aufrufe sind von antikapitalistischen Floskeln durchsetzt. Doch wenn sie ein "internationales Großkapital" anprangern, meinen sie damit in ihrem antisemitischen Wahn die Existenz eines internationalen "raffenden jüdischen Finanzkapitals", dem ein positives "schaffendes, nationales Kapital" gegenübergestellt wird. Tatsächlich bedeutet diese Politik eine Spaltung und damit Schwächung der ArbeitnehmerInnen in den Kämpfen um Verbesserungen und Ausweitung sozialer und politischer Rechte. Sie ist verbunden mit Angriffen auf die Gewerkschaften und mit rassistischer und antisemitischer Hetze.

Als Studierendenschaft können wir es nicht tatenlos zulassen, wenn Faschisten und Faschistinnen sich in dieser Stadt breit machen. Darum: Keinen Meter den Faschisten – Gemeinsam den Naziaufmarsch verhindern.

Weitere Infos u.a. unter www.erstermai-hannover.dgb.de und www.mai-hannover.de.vu

Anhang3:

Hier die Stellungnahme des AStA zum "Fest der Demokratie".

Der AStA der LUH hat sich entschlossen den Aufruf zum Fest der Demokratie am 1. Mai nicht zu unterstützen.

Der AStA ist im linken Bündnis zur Verhinderung des (Neo-)Naziaufmarschs am 1. Mai. Somit unterstützt der AStA das Konzept einer Blockade um einen möglichen Aufmarsch der (Neo-)Nazis von Anfang an zu verhindern. Ein Aufruf zum Fest der Demokratie, das zeitgleich stattfindet, würde diesem Konzept zuwiderlaufen.

Des Weiteren gibt es inhaltliche Kritik von Seiten des AStAs am Fest der Demokratie, die gegen eine Unterstützung spricht:

1. Das Fest der Demokratie scheint von seinem Grundcharakter her nur auf eine standortpolitische Imagepflege der Stadt Hannover bedacht zu sein. Es wird sich dabei nicht mit dem Thema der Gefahr, die von Faschismus und Neonazismus ausgeht, auseinandergesetzt, sondern lediglich damit, was für ein Bild es abgeben würde, wenn die (Neo) Nazis in Hannover marschieren.
Außerdem sieht es so aus, als wolle das Fest den Eindruck erwecken, innerhalb Hannovers gebe es keine Probleme mit rassistischen, antisemitischen und faschistischen Tendenzen und eine solche Problematik würde nur von außerhalb in die Stadt getragen.
2. Auf dem Fest der Demokratie tritt MP Christian Wulff als Redner auf. Als MP des Landes Niedersachsen ist er Repräsentant einer rassistischen Abschiebepolitik.
Der AStA kann nicht ruhigen Gewissens ein Fest unterstützen auf dem Personen reden, die das machen, was die Faschisten ein paar Hundert Meter entfernt auch fordern werden. Nämlich die Abschiebung von Menschen allein aufgrund ihrer geographischen und ethnischen Herkunft.
3. Im Aufruf des Senats zum Fest der Demokratie wird sich nicht gegen Rechtsextremismus, sondern gegen sog. "politischen Extremismus" ausgesprochen.
Der AStA findet es eine Unverschämtheit, wenn Bewegungen, die sich für soziale Gerechtigkeit, Antirassismus, Frieden, Herrschaftsfreiheit und Toleranz, einsetzen mit VertreterInnen von rassistischen, antisemitischen, faschistischen, menschenverachtenden Ideologien gleichgesetzt werden.

Der AStA ist für einen vielfältigen, für alle Menschen offenen Widerstand gegen den zu befürchtenden (Neo-)Naziaufmarsch am 1. Mai. Und wie es im Schwur der Buchenwald Überlebenden heißt: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung."

i.A. des AStA,
Jens R Semeier

Anhang4:

Rechenschaftsbericht AStA siehe separater Anhang

Anhang5:

Universität hortet Studiengebühren

Überschuss aus Studiengebühren an Studierende zurückzahlen

Antragssteller: Juso Hochschulgruppe Hannover

Der Studentische Rat möge beschließen:

Der Studentische Rat als Interessenvertretung der Studierenden der LUH fordert das Präsidium der Universität Hannover auf, sämtliche Überschüsse, welche aus Studiengebühren eingenommen wurden an die Zahler, das heißt an die Studierenden, zurück zu zahlen. Hierzu gehören auch die Zinseinnahmen, die die Universität aus Studiengebühren erwirtschaftet.

Begründung:

Übersicht Einnahmen / Ausgaben der Studiengebühren 2007/08 an der LUH

	2007	2008	2007/2008
Einnahmen	13.335.683,33 €	12.618.250,00 €	25.953.933,33 €
Ausgaben	6.256.591,61 €	11.015.518,54 €	17.272.110,15 €
Überschuss	7.079.091,72 €	7.079.091,72 €	8.681.823,18 €
Prozentuale Auswertung Einnahmen / Ausgaben	46,92%	87,30%	66,55%

Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrag zum Thema „Hochschulzugang und Bildungschancen in Niedersachsen“ Drucksache 16/885 des Niedersächsischen Landtages:

http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_16_2500/0501-1000/16-0885.pdf

Allein die Universität Hannover hortet Studiengebühren aus den Jahren 2007 und 2008 in Höhe von 8.681.823,18 Euro. Dies entspricht 1/3 der Gesamteinnahmen aus Studiengebühren aus diesen beiden Jahren. Die Hochschule benötigt anscheinend einen großen Anteil ihrer Einnahmen aus den Studiengebühren nicht.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht sein, dass Studierende unter immer mehr Zeitdruck gesetzt werden ihr Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren, neben dem Studium Arbeiten gehen zu müssen um sich die Eintrittskarte in die Uni leisten zu können wenn gleichzeitig die Universität die Gebühren eben nicht für die Verbesserung der Lehre ausgibt sondern auf ihren Konten hortet und aus den Zinseinnahmen noch zusätzlich auf Kosten der Studierenden Gewinne erzielt.

Studiengebühren sind eben nicht gut für Niedersachsen und damit gut für die Studierenden wie jüngst ein Abgeordneter der FDP behauptete sondern sie wirken sozial selektiv. Sie verschärfen die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem. Dabei lösen sie keine Probleme, sondern schaffen neue.

Wenn nun diese Gebühren zu einem großen Teil nicht einmal ausgegeben werden zerplatzen alle Argumente der Befürworter.

Für uns bleibt die Forderung nach der Abschaffung der Studiengebühren erhalten und hier im speziellen die Forderung nach der Rückzahlung unseres Geldes.

Anhang6:

Satzungsnovelle siehe separater Anhang